

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/107

7. Juni 1977

Verantwortung gilt für das Ganze

Zunächst die Partei selbst stärker integrieren

Von Gerd Löffler
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Seite 1 / 37 Zeilen

Nach 40 Jahren Diktatur

Spanien vor den Parlamentswahlen

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister und SPD-Vorstandsmitglied

Seite 2 bis 5 / 139 Zeilen

CDU-Attacken schaden nur

Berliner Sport braucht Solidität und Zuversicht

Von Dr. Willfried Penner MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung und Sport
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 / 40 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 129 408
Presseklausur I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 99 35/38
Telex: 25 68 548-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 8611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Verantwortung gilt für das Ganze

Zunächst die Partei selbst stärker integrieren

Von Gerd Löffler

Landesvorsitzender der Berliner SPD

Die Kraft der sozialdemokratischen Partei, legitime Interessen gesellschaftlicher Gruppen zu integrieren, hat abgenommen. Dies zeigt sich weniger im letzten Bundestagswahlergebnis, als vielmehr in Landtags- wie auch in Kommunalwahlergebnissen. Auftreten und Handeln vieler Bürgerinitiativen sind ein Beweis für diese Feststellung.

Wir Sozialdemokraten haben in diesem Prozeß die größere Verantwortung. Nicht allein deshalb, weil wir im Bund die Hauptregierungsverantwortung tragen, sondern weil wir als Partei gesellschaftlicher Reformen die ganze Last der Lösung der anstehenden Probleme und damit auch die Bürde der bisher unerfüllten Erwartungen auf uns genommen haben.

Von konservativen Grundpositionen her wird es nicht gelingen, gerade der jungen Generation Zukunftsperspektiven zu vermitteln. Wir müssen davon ausgehen, daß unsere Partei die größer gewordenen gesellschaftlichen Spannungen in sich widerspiegelt. Wenn wir künftig mehr Integrationskraft gegenüber der Bevölkerung entfalten, so ist dafür die Voraussetzung, daß wir zunächst die Partei selbst stärker integrieren.

Integrationskraft in diesem Zusammenhang heißt: Über legitime unterschiedliche Positionen hinweg das Ganze wiederherzustellen. Sofern und solange eine große Volkspartei innerparteiliche Gruppierungen hat - und das hatte die Sozialdemokratie solange sie existiert -, muß für alle gelten: Es gibt keine Teilverantwortung von Gruppierungen, sondern es gibt nur die Verantwortung für das Ganze.

Ich werde meine Arbeit an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Basis unserer Arbeit sind die zu lösenden Sachfragen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß die Berliner SPD ihre beiden letzten Wahlprogramme nahezu einstimmig verabschiedet hat, ohne daß irgendwo in einer Sachfrage ein zweifelhafter Kompromiß geschlossen wurde.

- Wir werden gemeinsam die Kraft zur Integration der Partei aufbringen, wenn wir uns alle an den alten sozialdemokratischen Grundsatz erinnern: Freiheit in der Diskussion - aber Einheit in der Aktion.

- Von diesen Grundsätzen ausgehend, müssen sich alle darum bemühen, das Bild der Partei in der Öffentlichkeit zu gestalten als einer Partei großer innerer Liberalität, aber auch ebenso großer Entschiedenheit, die anstehenden Probleme gemeinsam und geschlossen zu lösen.

Wir können nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein wollen. Wir dürfen nicht auseinanderklaffen in den Teil, der die reine Lehre zu verkörpern meint, und den Teil, der in der praktischen Politik Kompromisse tragen muß.

(-/7.6.1977/ks/ca)

Nach 40 Jahren Diktatur

Spanien vor den Parlamentswahlen

Von Hans Matthöfer MdB

Bundesminister und SPD-Vorstandsmitglied

Welche Bedeutung haben die allgemeinen Parlamentswahlen in Spanien, die nach 40 Jahren Diktatur am 15. Juni stattfinden? Diese Frage stellt sich im Zusammenhang der gesellschafts-politischen Entwicklung Spaniens nach Franco, die immer offener von der Diktatur wegführt - obwohl es nach wie vor latenten Widerstand der francogläubigen, aber inzwischen reduzierten Kräfte der extremen Rechten gibt und obwohl deren Zusammenspiel mit Gegenkräften aus den Reihen terroristischer Gruppen der extremen Linken gelegentlich Spannungen provoziert und immer wieder die Gefahr ernster politischer Rückschläge heraufbeschwört.

Die politische Entwicklung Spaniens stand in den anderthalb Jahren nach Franco im Zeichen der Vorbereitung von Rahmenbedingungen für den geordneten Abbau der Diktatur und vieler ihrer Einrichtungen. Verschiedentlich haben Kommentatoren diesen Abbau der Diktatur und den Durchbruch zu gewissen demokratischen Öffnungen - wie sie auch von der amtlichen Regierungspolitik nach und nach zustande gebracht wurden - als das neue "spanische Wunder" unserer Zeit bezeichnet. Mit einer solchen Charakterisierung der politischen Teilreformen wird unterstellt, die Regierungspolitik sei in dieser Übergangszeit zum eigentlichen Motor für die politische Weiterentwicklung Spaniens geworden. Es ist fraglich, ob übersteigerte Bewertungen dieser Art wirklich geeignet sind, mehr zu bewirken, als stimmungsmäßig und vordergründig für eine noch größere Popularität der "neuen Autoritäten" zu werben.

Grundlegend handelt es sich bei diesem Prozeß jedoch um die veränderten Wechselbeziehungen zwischen den Vorstellungen und Forderungen der Bevölkerungsmehrheit - die alle Neuauflagen der Diktatur mit überwältigender Übereinstimmung ablehnt - und den sich darauf stützenden Anfangsmaßnahmen der neuen Regierungspolitik zum Abbau der Diktatur. Sowohl das aktive Eintreten der Bevölkerung für eine volle politische Amnestie und für die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte als auch die zustimmende Demonstration des Volkes zugunsten baldiger politischer Reformen, wie sie im Ergebnis der Volksbefragung und bei zahllosen Meinungsumfragen zum Ausdruck kamen, sind eindrucksvolle Beweise für diesen neuen grundlegenden Konsens, der in demokratische Richtung drängt. Der Prozeß der Umorientierung und der Neugruppierung der sozialen und politischen Kräfte in Spanien hat sich seit dem Tode Francos verstärkt und beschleunigt. Schon seit Anfang der sechziger Jahre war als Auswirkungen der fortschreitenden Industrialisierung und der einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Teilen des Landes ein solches Anwachsen der sozialen und politischen

Konflikte zu verzeichnen, daß zeitweise aus der verschärften Repression und den Auseinandersetzungen mit der Diktatur die akute Gefahr explosiver Zusammenstöße erwuchs.

Es erwies sich, daß es nur während einer kurzen Frist möglich war, streikende Arbeiter mit Polizei und Gewaltmitteln zur Arbeit zu zwingen und die Weiterführung der Betriebe und der Produktion zu sichern.

Die spanische Diktatur konnte trotz der Stärke ihres Unterdrückungsapparats nicht auf Dauer bei der Zwangswirtschaft der Autarkie bleiben oder sich auf die Existenzbedingungen eines rückständigen lateinamerikanischen oder afrikanischen Landes zurückziehen. Sie war mit den Jahren immer stärker auf die Verbindung zu Europa und zu den führenden Industrieländern angewiesen. Ein Klima der Ruhe und der weitgehenden sozialen Befriedung aufrechtzuerhalten, wurde so für die Diktatur aus inneren und außenwirtschaftlichen Motiven zu einer Lebensfrage. Nur so war weiterhin zu erwarten, daß der Zufluß von Auslandskapital weitergeht, daß der Touristenstrom anhält und daß die Devisenüberweisungen aus dem Ausland möglichst nicht versiegen. So kam es, daß im Anschluß an die Welle der Massenstreiks 1962-63 damals das jahrelange Ringen, ob die Diktatur in der Gesellschaftspolitik einen "harten" oder einen "weichen" Kurs einhalten soll, schließlich mit dem grundsätzlichen Sieg der technokratischen Strategen aus der neoliberalen Schule und der mit ihnen kooperierenden Taktiker aus dem Bereich der Sozialpolitik endete. In ihrem Verhältnis zur latenten politischen Opposition und zur Austragung von Streikbewegungen betrieblicher und lokaler Art änderte sich seitdem die Grundhaltung der spanischen Diktatur, die so lange in der systematischen Unterdrückung und Verfolgung ihre Hauptwaffe gesehen hatte. Stattdessen wurde im weiteren von der Madrider offiziellen Propaganda in den Vordergrund gerückt, daß man nun dazu übergegangen war

- 1 1/ die Vorzensur abzuschaffen,
- 2/ eine "möglichst objektive" Berichterstattung über betriebliche Arbeitskonflikte zuzulassen,
- 3/ das System der behördlichen kontrollierten Kollektivverträge auszubauen,
- 4/ die Anfänge und die Minimalleistungen der Sozialversicherung zu verbessern,
- 5/ innerhalb der sog. Syndikate, die als monopolartige staatliche Zwangsgewerkschaften funktionierten, echte Wahlen - von repräsentativen betrieblichen Vertrauensleuten der Arbeiter und Angestellten zuzulassen und zu fördern - vorerst nur als gewählte Vertreter "auf der untersten Stufe" und ohne Mitwirkungsrechte,
- 6/ zum Ersatzparlament der Cortes im weiteren ein Drittel der Abgeordnetensitze erstmalig durch Wahlen bestimmen zu lassen, wobei allerdings Wahlrecht nur den Familienvätern zugestanden wurde und als wählbar nur diejenigen Kandidaten galten, die ihre Treue zu den Grundsätzen der Nationalen Bewegung vorher beschworen haben, d.h. deren Unterwürfigkeit gegenüber allen Anordnungen feststand, die von oben kommen oder die im Namen der einzig zugelassenen Staatspartei erteilt werden.

Nach diesem Muster waren im Grunde alle Schritte zur Liberalisierung, die die spanische Diktatur in den vergangenen 15 Jahren nacheinander einführt, mit

ausgeklügelten Widerhaken versehen. Ob die zahlreichen politischen Reformen, die seit knapp einem Jahr von der jetzigen spanischen Regierung nacheinander eingeführt werden, die Fortsetzung des früher eingeschlagenen Kurses zaghafter Reformansätze sein werden oder ob sie vielmehr den Beginn eines neuen, wirklichen politischen Reformprogramms markieren, und damit den Anfang eines neuen gesellschaftspolitischen Kapitels in der Entwicklung Spaniens bilden werden, darüber wurden die politischen Auseinandersetzungen in der letzten Zeit geführt und dies ist die zentrale Frage des Wahlkampfes. Eine deutliche Wahlentscheidung der Millionen spanischer Wähler am 15. Juni, die erstmalig nach 40 Jahren mit ihrer Stimme ein klares Bild von der politischen Schichtung des spanischen Volkes vermitteln und die Kräfteverhältnisse im künftigen Madrider Parlament bestimmen werden, kann die Entscheidung zugunsten eines endgültigen politischen Einschnitts, zugunsten einer endgültigen Liquidierung der Diktatur bedeuten.

Die politische Entscheidung, die durch die allgemeinen Parlamentswahlen vom 15. Juni fallen wird, geht nicht mehr um die Fragestellung, ob politische Reformen in Spanien durchgeführt werden sollen, sondern darum, wie, in welchem Ausmaß und in welcher Richtung die notwendigen Reformen realisiert werden können. Es geht damit um den politischen und sozialen Inhalt der anstehenden Reformen.

Wegen der Vielzahl der politischen Parteien und Gruppierungen der verschiedenen Richtungen, die um einen Stimmenanteil bei dieser ersten Parlamentswahl ringen, wird allgemein angenommen, daß es keiner der angetretenen Parteien gelingen kann, allein oder im Block mit ähnlichen Gruppierungen der gleichen politischen Richtung eine Parlamentsmehrheit zu erreichen. Umso mehr wird darum viel von dem richtungsmäßigen Gewicht und der Zusammensetzung im künftigen spanischen Parlament abhängen, welche Kräfte oder politische Koalitionen sich dann zusammenfinden und für einen tragfähigen politischen Kompromiß eintreten werden.

Zu dem Vorgehen der Regierung, auf verschiedenen Gebieten nacheinander jeweils einzelne und ausgewählte "politische Reformen" in Gang zu bringen, be-

tenten von Anfang an besonders die kritischen Sprecher der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (P.S.O.E.) und des sozialistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (U.G.T.), daß aus sachlichen und politischen Gründen ein positives Resultat im heutigen Spanien erst erreichbar wird, wenn die politische Reform als Strukturreform verstanden und realisiert wird.

Das beinhaltet nach den Vorstellungen der P.S.O.E. als Voraussetzung, daß die überkommenen Macht- und Kontrollstrukturen der franquistischen Institutionen beseitigt werden und daß dann die Funktionen ihrer vielen politischen Amtsträger überflüssig geworden sind. In etwa sah auch die Regierung sich veranlaßt, in diese Richtung vorzustoßen, als sie vor wenigen Monaten zuerst die Mehrheit der vormaligen Cortes veranlaßte, einer vorzeitigen Selbstauflösung zuzustimmen - um für anschließende Parlamentswahlen den Weg frei zu machen - und als sie dann den Beschluß faßte, die monopolartige Existenz der "Nationalen Bewegung" als Staatspartei und der Syndikate als staatliche Zwangsgewerkschaft für beendet zu erklären.

Doch wenn es an die Umsetzung von Strukturveränderungen geht, beginnen notwendigerweise Weiterungen und Konsequenzen, die nicht nur abgeänderte Verfügungsrechte und eine Klärung alter und neuer Eigentumsfragen berühren, sondern darüber hinaus soziale Einrichtungen und soziale Probleme aus verschiedenen anderen Bereichen, die ihrerseits betroffen werden. Die Forderungen der Sozialistischen Parteivertreter und des Gewerkschaftsbundes nach Rückerstattung der seinerzeit beschlagnahmten Parteizeitungen, Druckereien und Verlage und der zahlreichen Volks- und Gewerkschaftshäuser, sowie der speziellen Bildungseinrichtungen der P.S.O.E. und der U.G.T. beziehen sich nicht nur auf künftige Regelung. Noch umfassendere gesellschaftspolitische Weiterungen ergeben sich aus dem Beschluß, die bisherige Funktion der Syndikate aufzuheben.

Das gesamte Gewerkschaftswesen, das System der Sozialversicherung und der ärztlichen Versorgung müssen neu geordnet werden. Zugleich erheben die spanischen Sozialisten die Forderung nach Strukturreformen im Steuerwesen, im Bildungswesen und in der beruflichen Ausbildung. (-/ 7.6.1977/ks/cd)

+ + +

CDU-Attacken schaden nur

Berliner Sport braucht Solidität und Zuversicht

Von Dr. Willfried Penner MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung und Sport
der SPD-Bundestagsfraktion

Die vielfach erhobene Behauptung, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin habe auf die sportpolitische Position Berlins im Verhältnis zum Deutschen Sportbund, den Fachverbänden und dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland sowie im internationalen Sportgeschehen eher nachteilige Auswirkungen, ist unrealistisch und dient keineswegs den Interessen Berlins.

Tatsache ist, daß die Zahl der internationalen Sportveranstaltungen in Berlin (West) in den letzten Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ beachtlich zugenommen hat. Die 3. Schwimm-Weltmeisterschaften 1978 sind dafür nur ein Beispiel.

Bei dem überflüssigen Streit um die protokollarische Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, den die CDU in Berlin nunmehr ausgelöst hat, übersieht die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus, daß die Zugehörigkeit der Sportorganisationen von Berlin (West) zur Bundesrepublik Deutschland im Internationalen Olympischen Komitee und den internationalen Föderationen durchaus positiv geregelt ist und offensiv vertreten werden kann.

So können auch gelegentliche Meinungsäußerungen aus Ost-Berlin oder Moskau nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Internationale Olympische Komitee beispielsweise die Anerkennung eines Olympischen Komitees für die DDR ab 1. November 1968 mit einer eindeutig positiven Berlinklausel verbunden hat. Sie lautet: "Dieser Beschluß schließt ein, daß die in Ost-Berlin lebenden Athleten der Gerichtsbarkeit ihres Olympischen Komitees unterstehen, genauso wie die in West-Berlin lebenden Athleten der Gerichtsbarkeit des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland unterstehen".

Dieser Beschluß ist in dem Anerkennungsschreiben des IOC für ein Olympisches Komitee der DDR vom 24. Oktober 1968 enthalten. Der Inhalt des Schreibens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Dietrich Stobbe, den die CDU nun glaubt kritisieren zu müssen, an den Präsidenten des Internationalen Schwimmverbandes (FINA) hat lediglich protokollarische Bedeutung und beeinträchtigt keineswegs die Verantwortung des Internationalen Schwimmverbandes sowie des Deutschen Schwimmverbandes mit seinem Berliner Landesverband.

Den Interessen Berlins und der ungestörten Vorbereitung und Durchführung der 3. Schwimm-Weltmeisterschaften 1978 ist am besten gedient, wenn auf dilettantische Effekthascherei verzichtet wird und dafür Klugheit, Weitblick und Sachverstand die Oberhand behalten. Diese Eigenschaften hat Dietrich Stobbe besonders als langjähriger Bundessenator zum Nutzen von Berlin erfolgreich praktiziert. Daher verdient er Vertrauen.

Querelen, wie sie jetzt durch die CDU ausgelöst wurden, können allenfalls dazu beitragen, daß sich in den Weltsportorganisationen eine Unlust zur Vergabe von internationalen Sportveranstaltungen nach Berlin (West) ausbreitet.

Eine solche Entwicklung kann eigentlich auch die CDU nicht wollen.

(-/7.6.1977/ks/10)